



Bündnis für mehr Frauen in der Wirtschaft

BFB, Startup-Verband und VdU starten Offensive zur besseren Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie

Für eine bessere Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie setzen sich der Bundesverband der Freien Berufe (BFB), der Startup-Verband und der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) ein. Das Ziel der gemeinsamen Initiative: Frauen sollen eine größere Rolle in der Wirtschaft spielen und die Selbstständigkeit gestärkt werden. Das ist laut dem Dreierbündnis „gesellschaftliche Notwendigkeit und ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft“. Angesichts des stetig wachsenden Fachkräftemangels könne es sich Deutschland nicht leisten, auf Talente zu verzichten.

Das Bündnis der drei Organisationen stützt sich auf drei Kernforderungen für selbstständige Frauen, und zwar erstens einen besseren Mutterschutz, zweitens Elterngeld und Elternzeit für Gründerinnen und Gründer, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Selbstständige und drittens eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Damit soll dem durch die Corona-Pandemie verstärkten Rückgang von Selbstständigkeit entgegengewirkt werden.

Ausbaufähige Rahmenbedingungen

Aktuell bewerten die drei Verbände die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit einer selbstständigen Erwerbstätigkeit und der Familiengründung in Deutschland als „ausbaufähig“. So liege der Anteil der Gründerinnen in Deutschland insgesamt bei nur 18 Prozent. Im Bereich der Freien Berufe sei der Anteil immerhin

auf aktuell 53 Prozent gewachsen, beide Werte seien in den vergangenen Jahren aber zu langsam gestiegen. Grund für die Stagnation sind laut dem Bündnis strukturelle Hindernisse für Frauen wie zum Beispiel Herausforderungen bei der Finanzierung, fehlende Zugänge zu Netzwerken, aber auch in besonderem Maße die erschwerte Vereinbarkeit von Unternehmertum und Familie. Letzteres ist von großer Bedeutung, da viele Gründerinnen erst mit Ende 20, Anfang 30 gründen und die Unternehmensgründung somit häufig mit der Familienplanung zusammenfällt.

Konkret fordert das Bündnis eine stärkere finanzielle Absicherung von Müttern. Daher bedürfe es einer stärkeren Berücksichtigung von selbstständigen Gründerinnen beim Mutterschutz und in der Ausgestaltung und Berechnung des Elterngeldes. Auch die systematische Absetzbarkeit beruflich veranlasster Kinderbetreuungskosten halten die drei Verbände in diesem Zusammenhang für wichtig.